Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.—, viertelj. M. 30.— für Abholer monatl. M. 9.50, Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 5.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands Gesamt-Ausgabe monatlich M. 7.50, vierteljährlich M. 22.50 (ausschließlich Postbestellgebühr). Auslandsversand: monatlich M. 10.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 20 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

114. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.20, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. ausw. M. 3.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreise für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro M/Ausg. Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693, 14694. — Postscheckkonto 7200. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 420 — **Donnerstag, den 9. September** — **1920**

Litauen und Polen

Von
Professor **Bergsträßer.**

Schon ehe es einen selbständigen litauischen und polnischen Staat nebeneinander gab, war das Verhältnis zwischen Polen und Litauern nicht gut. Es hat sich zusehends verschlechtert, seitdem das Nationalbewußtsein unter den Litauern des russischen Nordwestgebietes erwachte. Und das ist kein Wunder, denn aus der früheren Zeit, da Litauen jahrhundertelang mit dem polnischen Königreich verbunden gewesen, ragte in die Gegenwart eine Struktur der sozialen Verhältnisse und demzufolge eine Verteilung des kulturellen Einflusses, die zu Nutzen der Polen und zum Schaden der Litauer anders nicht hätte sein können. Die Polen waren die großen Grundherren, denn sie hatten seinerzeit den litauischen Adel dadurch gewonnen, das sie ihm die privilegierte Stellung des polnischen auch gaben. Die Geistlichkeit war polnisch, soweit sie aus den höheren Kreisen stammte, also gerade die einflußreichen kirchlichen Würdenträger, während die dem Bauerntum entsprossenen niederen Geistlichen im Laufe der Zeit die eigentlichen Träger des litauischen nationalen Gedankens geworden sind. So kam es sehr bald dazu, daß das litauische Nationalbewußtsein, wo immer es sich durchsetzen wollte, auf polnische Hemmungen stieß, sich also an ihnen orientierte und maß. Die Kämpfe um die litauische Sprache in den Gottesdiensten, wie sie in der Wilnaer Diözese lange gewütet haben und von beiden Seiten zu üblen Exzessen führten, sind da typisch. Allgemach sahen alle maßgebenden litauischen Kreise ein, daß sie sich national nur gegen die Polen würden durchsetzen können.

Als die beiden nationalen Staaten entstanden waren, wurde dieser Gegensatz sofort wesentlich verschärft, indem er sich auf die gegenseitigen politischen Beziehungen übertrug. Die maßgebenden polnischen Kreise erfaßte sofort der Rausch des Erfolges und sie begnügten sich nicht mit einem selbständigen Polen innerhalb der ethnographischen Grenzen, sondern gingen in ihren Ansprüchen zurück auf die Zeit, da der polnisch-litauische König Jagello ein großes Reich zwischen Rußland und Deutschland unter seinem Szepter vereinigt hatte; im Grunde wollten die polnischen Staatsmänner darauf fußend überhaupt kein selbständiges Litauen anerkennen, sondern nur eine litauische Autonomie innerhalb des polnischen Staates. Wie sich Polen ja auch nie dazu hat entschließen können, den litauischen Staat anzuerkennen, bis dann die Not während des Vordringens der Bolschewiki es doch gelassen sein ließ, das Versäumnis nachzuholen; man fürchtete offenbar in Warschau, nachdem Litauen mit Rußland Frieden geschlossen hatte, es werde sich mit dem erfolgreichen Nachbar in der Schicksalsstunde Polens verbünden. Das ist nun nicht geschehen, obwohl Litauen gewiß allen Grund zu einer gegen Polen feindlichen Haltung schon damals gehabt hätte.

Denn die Polen hatten bis zum Vordringen der Bolschewiki große Teile des Gebietes besetzt, auf das die Litauer Anspruch erheben und das ihnen auch durch eine Entscheidung des Obersten Rates zugesprochen war. Damals, vor der Niederlage, haben die Polen sich an diese Demarkationslinie, die ungefähr der Bahn von Grodno nach Dünaburg entlang lief, überhaupt nicht gehalten. So ist es sonderbar, daß sie nun, in der augenblicklichen Auseinandersetzung über den südlichen Teil des Gouvernements Suwalki, gegen die Litauer diese Linie ihrerseits ins Gefecht führen. Dabei wurden die Litauer in ihren Ansprüchen durch die ethnographische Gestaltung unbedingt unterstützt. Die Grenzlinie, die in dem russisch-litauischen Vertrag ausgemacht ist, berücksichtigt die Völkerverteilung; wo sie zugunsten der Litauer über dieselbe hinausgeht, werden nicht Polen dem litauischen Staate einverleibt, sondern Weißrussen, von denen strittig ist, ob sie nicht durch die polnisch beeinflußte Geistlichkeit entlitauisiert sind. Diese Grenzlinie beginnt am Bobr, genau westlich von Grodno, geht um Grodno herum bis zum Einfluß des Swislotsch in den Njemen, folgt diesem östlich bis zur Beresina und von da über den Eisenbahnknotenpunkt Molodetschno zum Narotschsee, nördlich weiter in der Nähe von Dünaburg an der Grenze Lettlands endigend.

Während des bolschewistischen Ansturmes waren die Polen einmal bereit, den Litauern die Stadt Wilna in aller Form zu übergeben; es wurde darüber verhandelt, aber die Litauer lehnten es ab, um sich nicht den Russen gegenüber in den Verdacht einer unneutralen Handlung zu bringen. Nach der neuesten Note, die soeben von Warschau aus in kurzen Linien bekanntgemacht wird, beansprucht Polen nunmehr Wilna, Grodno, Suwalki wieder für sich und scheint geneigt zu sein, den Litauern bezüglich dieser Gebiete ein Ultimatum zu stellen. Dabei sind die polnischen Ansprüche auf Wilna auch nur dann ethnographisch in gewissem Sinne zu rechtfertigen, wenn man Wilna ganz isoliert nimmt; aber tut man das, so müßte es eine jüdische Freistadt werden, denn die Juden haben zahlenmäßig die Mehrheit.

Ueber Wilna ist in den bisherigen Auseinandersetzungen und Notenwechseln zwischen Litauen und Polen noch nicht neuerdings gesprochen worden, wohl aber über die südlichen Kreise des Gouvernements Suwalki. Da hatte beim Rückzug der Russen sich litauisches Militär vorgeschoben, es war von den nachrückenden Polen zurückgedrängt worden, hat aber inzwischen sich des strittigen Gebietes zum größten Teile wieder bemächtigt und steht wohl zurzeit in der Linie, die der litauische Außenminister mit Bedacht als Demarkationsgrenze vorgeschlagen hatte. Sie verlief vom Endpunkt der russisch-litauischen Grenzlinie über Augustowo nordwestlich in ziemlich steiler Linie, ungefähr auf der ethnographischen Grenze, wonach allerdings Suwalki-Stadt zu Litauen gehören würde, während die Polen es für sich haben wollen. In den letzten Tagen sind die Auseinandersetzungen über diesen Grenzstreit immer schärfer geworden; sowohl praktisch, indem die Litauer, von den anrückenden Polen überfallen, ziemliche Verluste hatten, die sie den Polen nun wohl zurückgezahlt haben, als ebenso theoretisch, denn die Noten sind immer pointierter geworden. Dabei haben die der litauischen Regierung immer wieder Vorschläge gemacht, einen Ausweg zu finden. Noch in der letzten Antwort auf das polnische Räumungsverlangen wird vorgeschlagen, die Feindseligkeiten einzustellen und Delegierte zur Festlegung einer Demarkationslinie zu bestimmen. Hierauf hat die polnische Regierung noch nicht geantwortet.

Sie wird sich vermutlich doch überlegen, ob sie es darauf ankommen lassen soll, sich einen neuen Gegner aufzuhalsen. Das litauische Heer ist nicht klein, es ist seit dem Anmarsch der Bolschewiki vermehrt worden; noch vor kurzer Zeit haben neue Aushebungen stattgefunden, denen die Bevölkerung, wie ich selbst bei längerem Aufenthalt im Lande sah, durchaus willig folgte; man sah die Notwendigkeit ein, gerüstet zu sein, um die Neutralität im Kriege der Nachbarn gegen alle Zwischenfälle verteidigen zu können. Die Ausrüstung des litauischen Heeres ist gut, das Soldatenmaterial bei der fast rein bäuerlichen Bevölkerung trefflich.

Das gab Litauen schon in den Verhandlungen mit Rußland eine gute Position. Allerdings sind die russischen Machthaber in ihrer politischen Einstellung auch wesentlich klarer als die Polen, bei denen sich romantische Phantasien mit dem Bewußtsein eines eben errungenen Erfolges zu einer Stimmung paaren, in der die sachlich abwägende Ueberlegung es gewiß nicht leicht hat.

Die eigentlichen polnischen Ziele und letzten Tendenzen hat wohl der „Kurier Poranny" ausgesprochen, indem er sagte: „Es handelt sich um das Problem einer Brücke zwischen Berlin und Moskau, und die Wacht auf dieser Brücke muß in den Händen Warschaus liegen." Von solchem Standpunkte aus muß Litauen verschwinden, ist irgendein Friede mit diesem Nachbar für Polen nicht möglich. Man muß sich aber in Warschau auch darüber klar sein, daß Rußland wie Deutschland ein lebhaftes, man kann sagen ein Lebensinteresse daran haben, daß ihre gegenseitige Verbindung nicht abhängig ist von einem Zwischenstaate wie Polen, dessen ganze Politik darin beruhen würde, diese Situation gegen beide Staaten in schikanöser Weise auszunutzen. Der Friedensvertrag zwischen Rußland und Litauen enthält ausdrücklich die Bestimmung, daß Litauen den Warenverkehr von und nach Rußland ungehindert lassen muß und weder mit Zöllen noch mit Sondertarifen belegen darf. Deutschlands Interesse deckt sich hier ganz mit dem Rußlands; aus diesem Grunde allein, ohne sonstige Gefühle oder politische Rechnungen Polen gegenüber sprechen zu lassen, müssen wir mit unserer ganzen Sympathie bei dem litauischen Nachbar stehen, mit dem wir gut auskommen und freundschaftliche Verbindungen unterhalten und von dem wir erwarten können, daß er ein ehrlicher Mittler zwischen uns und Rußland, eine wirkliche Brücke sein wird.

Die Besserung der Lage der Arbeitslosen

Ein Aufruf des sächsischen Gesamtministeriums zur Arbeitslosenfrage

Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit in Aussicht. — Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

(Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung.)

Dresden, 8. September.

Der sächsische Ministerpräsident Buck erläßt im Namen des Gesamtministeriums folgenden Aufruf:

„Die Demonstrationen der Erwerbslosen in den letzten Wochen haben in einzelnen Fällen zu Gewalttätigkeiten und Ungesetzlichkeiten geführt. Die Einwohnerschaft von Dresden erhebt die berechtigte Forderung, daß die öffentliche Ordnung gesichert werde.

Die Erwerbslosen verlangen entweder Arbeit oder ausreichende Unterstützung. Beide Forderungen sind berechtigt. Die Regierung kennt die Notlage der Erwerbslosen. Sie ist unablässig bemüht, diese Notlage zu mildern und für Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Es steht fest, daß dadurch in nächster Zeit vermehrte Arbeitsgelegenheit geschaffen werden wird. Die verlangte Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung werden Mitglieder der sächsischen Regierung bei der Reichsregierung persönlich mit allen Nachdruck vertreten. Ist sich die sächsische Regierung hiernach ihrer Verpflichtungen den Erwerbslosen gegenüber bewußt, so muß sie anderseits nachdrücklich davor warnen, daß sich die Erwerbslosen zu Ungesetzlichkeiten hinreißen und aufputschen lassen.

Die Regierung ist nach wie vor bereit, mit jeder von den Erwerbslosen ordnungsgemäß gewählten Kommission zu verhandeln, lehnt es aber ab, unter dem Drucke von Demonstrationen unerfüllbare Zusagen zu machen. Sie ersucht, mit Rücksicht auf die Zwecklosigkeit, weitere Demonstrationen wegen der dadurch eintretenden Beunruhigung und Unsicherheit zu unterlassen. Zur Verhinderung von Ungesetzlichkeiten wird die Regierung von allen Machtmitteln Gebrauch machen."

*

Reichsbeihilfe für Arbeitslose. Wie in der heutigen Sitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns mitteilte, hat das Reich für eine einmalige Beschaffungsbeihilfe an Arbeitslose 5 Millionen Mark ausgeworfen. Unter Hinzuziehung der auf Länder und Städte entfallenden Beträge soll jeder Erwerbslose, dessen Arbeitslosigkeit länger als 8 Wochen währt, etwa 400 bis 450 ℳ einmalige Beihilfe erhalten.

Ein Denunziantenbrief

(Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung.)

Dresden, 8. September.

Uns wird folgender Brief an die Internationale Kontrollkommission in Berlin zur Verfügung gestellt:

„Am Sonntag, den 1. Juli, ist in der Stadt Peitz, Niederlausitz bei Kottbus, ein Flugzeug D. F. W.-Doppeldecker gelandet. Der Fabrikbesitzer Heine aus Peitz hat es von Leipzig aus hergeflogen und es im Schuppen seiner Fabrik untergestellt, wo es abmontiert heute noch steht. Peitzer Einwohner erzählen, das Flugzeug wäre verschoben worden. Da Heine auch in seinen Kreisen politisch tätig ist, besteht Gefahr (Heine war Reichswehroffizier), daß das Flugzeug bei kommenden Putschversuchen Verwendung finden kann. Um dies zu vermeiden, erstatte ich bei Ihnen diese Anzeige.

Da ich auch ferner weiß, daß auf Erfassung von verschobenem Heeresgut eine Belohnung ausgesetzt ist, würde ich dieselbe für mich beanspruchen. Zu jeder weiteren Auskunft erkläre ich mich gern bereit.

Ernst Treder, Kottbus, Spreestraße 9."

Wir begnügen uns damit, den Brief dieses Menschen niedriger zu hängen.

Wie wir von unterrichteter Seite hören, ist Ernst Treder, der die Denunziation an die interalliierte Kommission geschickt hat, der Führer der Unabhängigen in Kottbus.

Hunderte von Fabriken in Italien geschlossen

Die Landarbeiter enteignen den Großgrundbesitz.

(Eigner Drahtbericht.)

Paris, 8. September.

„Chicago Tribune" meldet, daß hundert Fabriken, die die italienischen Bolschewisten besetzt haben, am Dienstag infolge Kohlen- und Rohstoffmangels ihre Betriebe einstellen mußten. Da am letzten Lohntag keine Lohnzahlungen stattfanden, haben große Mengen von Arbeitern die Stadt verlassen und sich auf das Land begeben, von wo aus sie am Montag nicht zur Arbeit zurückkehren konnten. Nach dem gleichen Blatt haben in den ärmeren Vierteln von Bologna, Mailand und Turin Arbeiter die Bäckereien ersucht, ihnen Brot gegen Gutscheine zu liefern, die nach Wiedereintreten geordneter Verhältnisse eingelöst werden sollen.

Lugano, 8. September.

Laut „Corriere della Sera" sind die Landarbeiter der Provinz Palermo zur gewaltsamen Enteignung fast des gesamten Großgrundbesitzes geschritten. Die Güter des Exministers Salandra wurden von bewaffneten Bauern besetzt. Die Eisenbahner von Livorno lieferten das bedeutende dort lagernde Rohmaterial an die Metallarbeiter aus. Der Verband der Metallarbeiter ordnete eine Bestandaufnahme des gesamten Rohmaterials sowie der Halb- und Fertigfabrikate in den besetzten Fabriken an und setzte eine technische Zentralkommission zur Leitung der nationalen Metall-Industrie ein.

Die Bewegung hat durch den Beschluß des Industriellenverbandes, die Verhandlungen nicht vor Räumung der Fabriken durch die Arbeiter wieder aufzunehmen, eine Verschärfung erfahren. Die Gefahr ist daher akut geworden, weil dieser Beschluß von den Gewerkschaften am Freitag mit der Besetzung der Fabriken und Betriebe aller übrigen Industrien beantwortet wird. Viele sozialistische Abgeordnete planen, einen sofortigen außerordentlichen Zusammentritt der Kammer zu fordern, um einen gesetzlichen Ausgleich der schwebenden Streitfragen herbeizuführen. Zu diesem Zweck wird am Donnerstag in Mailand die sozialistische Kammergruppe zusammentreten, um vermittelnd und versöhnend einzuwirken.

Nach einem Telegramm des „Corriere della Sera" ist der Generalstreik in Triest beigelegt. Die Zeitungen sind wieder erschienen.

Ein nobler Geschäftsträger

(Drahtbericht.)

Dresden, 8. September.

Die „Dresdener Neuesten Nachrichten" veröffentlichen einen Bericht ihres Mitarbeiters in Santiago, der behauptet, der Geschäftsträger der deutschen Republik in Chile, Dr. Krumprecht, habe einem Vortrage des Chefredakteurs Dr. Oesterreich von der „Deutschen Zeitung" in Santiago Beifall gezollt, in dem gegen die deutsche Regierung der Verdacht der Unterschlagung der nach Deutschland gesandten Unterstützungsgelder und Lebensmittel ausgesprochen wurde.

Das Dresdener Blatt richtet im Anschluß daran einen überaus scharfen Angriff gegen die Geschäftsträger im allgemeinen, stellt diese mit Kapp auf eine Stufe und schreibt: „Solche Geschäftsträger duldet die deutsche Regierung im Auslande; ihre geschworenen Feinde, Gesinnungsgenossen des Herrn Kapp! Wie lange wird Dr. Krumprecht noch weiter amtieren?"

Rußland bildet eine Riesenarmee aus

Kopenhagen, 8. September.

Die „Iswestija" veröffentlicht einen Artikel des früheren Kriegskommissars Potwosky, der jetzt die gesamte militärische Ausbildung der russischen Armee leitet. In diesem Artikel wird erklärt: „Noch im Jahre 1920 wird eine völlig ausgebildete Militärreserve vorhanden sein, die imstande sein wird, die russische Armee auf 4 750 000 Mann zu bringen. In 93 Regimentsdistrikten werden die kriegstauglichen Russen bis zum Alter von 50 Jahren ausgebildet. Diese Millionen Arbeiter und Bauern, die zum Militärdienst eingeübt werden, werden durch zahlreiche Abteilungen, die ausschließlich aus Kommunisten bestehen, zusammengehalten. Diese Abteilungen gestalten die bewaffneten Arbeiter zu einer gewaltigen Macht und schmieden sie mit Hilfe der Diktatur des Proletariats zusammen. Ihre Instrukteure werden dem Volke selbst entnommen.

SLUB
Wir führen Wissen.